

08 reportage

Können Gerichte die Welt retten?

Drei Bauernfamilien verklagen die Bundesregierung. Der Vorwurf: Die verfehlte Klimapolitik gefährde ihre Lebensgrundlage



Aus Hamburg, Vetschau/Spreewald und Guderhandviertel im Alten Land Gesa Steeger

Es ist Mitte September, Heiner Lütke Schwienhorst kniet auf seinem Acker, kratzt mit den Händen ein Loch in die Erde und sucht nach einem Überbleibsel der vergangenen Nacht. „Da sind 20 Liter runtergekommen“, sagt er. Der erste richtige Regen seit Wochen, kein kleiner Schauer.

Aus der braunen Hoes fischt er ein Maßband. 10 Zentimeter nasse Erde würden reichen, um die Wintergetreide wachsen zu lassen, die Kübe durch den Winter und den Hof durchs nächste Jahr zu bringen. Lütke Schwienhorst misst das Loch aus – 15 Zentimeter, 15 Zentimeter Hoffnung.

Lütke Schwienhorst ist Biolandwirt, 120 Milchkühe, Felder, Wald und 30 Schweine im südlichen Brandenburg. Ein freundlicher Schalk, der gerne mit seiner Enkeltochter rumalbert und schon als Kind auf dem Acker stand.

Der Vorwurf der Familien: Die deutsche Bundesregierung tue zu wenig, um den menschengemachten Klimawandel einzudämmen. Konkret geht es um das Klimaziel 2020: 40 Prozent weniger Treibhausgas als noch 1990.

Im Juni 2018 erklärte die Bundesregierung dieses Ziel offiziell als verfehlt. Die Folgen dieser Politik trügen die Bauern, heißt es in der Klageschrift. Durch Wetterextreme schwinde ihr Lebensunterhalt, die Grundrechte der Kläger würden verletzt.

Eine Entwicklung, die auch durch das Klimapaket und das geplante Kfz-Freundlicher Schales, der gemeinsame Emissionsersparnis von 55 Prozent bis 2030 vorsieht, nicht mehr zu halten sei, argumentieren die Kläger und fordern das Gericht auf, die Bundesregierung zur Verurteilung und zur Umsetzung „wirksamer Klimaschutzmaßnahmen“, wie es in einer Stellungnahme von Greenpeace heißt.

Die Verhandlung wird am 31. Oktober vor dem Verwaltungsgericht Berlin stattfinden. Es ist das erste Mal, dass sich die Bundesregierung wegen gescheiterter Klimapolitik vor einem Gericht verantworten muss. Es wird nicht das letzte Mal sein.

Ohne Regen kann Lütke Schwienhorst warmen. Auf bessere Zeiten, mehr Regen, weniger Sonne, weniger Wetterextreme. Aber weil das auf Dauer nicht reicht und die besseren Zeiten vielleicht nie wiederkommen, hat er nun geklagt.

Die Regierung ignoriert eigene Klimaziele Lütke Schwienhorst und Familie gegen die Bundesregierung. Gemeinsam ist die Bundesregierung, gemeinsam mit zwei anderen Biobauern und Greenpeace. Da sind die Backsens, Jörg und Silke und vier strobliroter Kinder, die einen Hof auf der Nordseeinsel Pellworm beackern und jedes Jahr dabei zwischen wie die Nordsee sich ein bisschen mehr Land nimm. Und da sind die Blohms, Vera Claus und die Kin-

der Franziska und Johannes, die eine Apfelplantage im Alten Land bei Hamburg bewirtschaften und nicht nur gegen extremes Wetter, sondern auch gegen Schädlinge kämpfen, immer öfter nach einem Überbleibsel der vergangenen Nacht.

Immer häufiger ziehen NGOs und Einzelkläger vor Gericht, immer häufiger werden Regierungen und Unternehmen zu Angeklagten. 1.300 Klimaklagen wurden seit den 1990er Jahren verhandelt. Seit 2007 steigen weltweit die Fallzahlen.

„Wenn der Klimawandel menschengemacht ist, dann müssen wir ihn stoppen“ Heiner Lütke Schwienhorst, klagender Landwirt

So steht es in der Klageschrift, eingereicht am 25. Oktober 2018 am Berliner Verwaltungsgericht durch die Hamburg Rechtsanwaltskanzlei Günther. Kläger – bis 13 sind Heiner Lütke Schwienhorst plus Familie, die Backsens von Pellworm und die Blohms aus dem Alten Land. Greenpeace tritt in der Klage als Verband auf, als Stellvertreter für die Rechte der Allgemeinheit. Eine Sonderrolle, die in der sogenannten Verbandsklage begründet liegt.

„Wir werden umstellen müssen, das ist klar.“ Die Kühe vertragen Tempera- turen über 25 Grad schlecht, und das Wasser für die Pflanzen wird knapp, überall im südlichen Brandenburg.

„Die Klage berührt wesentliche Grundsätze der Verfassung, nämlich den Gewaltenteilungsgrundsatz und das Demokratieprinzip. Diese werden in Frage gestellt, wenn der Bundesregierung gerichtlich vorgeschrieben werden könnte, welche Politik sie zu verfolgen hätte.“ So steht es in der Klageerwidlung der Regierung. Und weiter:

„Hohe Erwartungen der Klagenden, eine einmal festgelegte Politik würde auch in Zukunft beibehalten, begründen damit keine ausreichende Grundlage für einen verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz.“ Eine Argumentation, die aus der Klage der Bauern eine Gefahr für die Demokratie macht. Eine Argumentation, die auch der Jurist Urs Wegener verurteilt. In seinem Aufsatz zum Thema Klimaklagen in der Zeitschrift für Umweltrecht schreibt er: „Die mit den Klimaklagen angestrebte Weltrettung per Gerichtsbeschluss ist juristisch schwer begründbar, im Ergebnis illusorisch und wenigstens potenziell gefährlich.“

Gerichte seien nicht der richtige Ort, um den Klimaschutz zu verhandeln, meint Wegener, da sie nicht die Mittel hätten, um störrische Regierungen zur Umsetzung von Maßnahmen zu zwingen. Was tun, wenn Regierungen die Urteile ignorieren? Seine Befürchtung ist, dass das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat umso mehr schwinde, je mehr Urteile nicht eingehalten würden.

Wenn Claus Blohm über seine verlorenen Kirschenplantage spricht, wird er traurig. Groß und massiv und schweigend sitzt er an seinem weißen Küchentisch im ersten Stock eines dunklen Klinkerhauses.

Der Hof der Blohms ist seit Generationen im Familienbesitz. Seit den 1990er Jahren bewirtschaftet Claus Blohm ihn ökologisch und lässt die Pestizide weg. Etwa zur gleichen Zeit trat er Greenpeace bei, jahrelang kämpfte er gegen die Elbertwertung, am Ende vergeblich. Blohm weiß, wie man kämpft, sich Veränderungen entgegenstellt oder sie vorantreibt. „Entweder du hoffst auf bessere Zeiten, oder du machst was“, sagt er.

Der Hof der Blohms ist seit Generationen im Familienbesitz. Seit den 1990er Jahren bewirtschaftet Claus Blohm ihn ökologisch und lässt die Pestizide weg. Etwa zur gleichen Zeit trat er Greenpeace bei, jahrelang kämpfte er gegen die Elbertwertung, am Ende vergeblich. Blohm weiß, wie man kämpft, sich Veränderungen entgegenstellt oder sie vorantreibt. „Entweder du hoffst auf bessere Zeiten, oder du machst was“, sagt er.

Das Klage gegen die Bundesregierung könnte sein letzter Kampf werden. Der Apfelanbau wird langsam unrentabel. Für die Nachfolge ist das ein Problem. Franziska Blohm, Mitte 20 und von allen nur Franz genannt, ist hier aufgewachsen, sie kennt jeden Pfad, weiß, welche Sorten wachsen und wie sie einen Baum beschneiden muss, damit er im nächsten Jahr gut trägt. Früher habe sie Stundenlang in den Plantagen gepflückt, erzählt sie. Im Alten Land wird für sie vor allem ein Zuhause – ein bedrohtes.

Dürre, Hagel und Insektenplagen In den letzten 30 Jahren stieg die Durchschnittstemperatur im Alten Land um 1 Grad. Mit den steigenden Temperaturen kommen die Apfelblähe nicht gut klar, dafür die Schädlinge. 2018 verlor die Blohms einen Großteil ihrer Apfel an Insekten, an Dürre und an Hagel. Auch für dieses Jahr sieht die Ernte schlecht aus.

Schon heute zerstören Insekten bis zu 20 Prozent der weltweiten Ernten. Sollten die Temperaturen weitersteigen, könnten sich die Schäden in den kommenden Jahren fast verdoppeln. 2016 rodeten die Blohms einen ganzen Hain mit Kirschenbäumen. Er war befallen von der Kirschenfruchtfliege, die ihre Nachkommen in die Früchte legt. Die Überreste der Bäume liegen noch immer auf dem Grundstück, ein Hau-

Franziska Blohm fragt: Warum wurde das 2020-Ziel einfach aufgegeben? Claus Blohm sagt: Wir fühlen uns als Kläger mehr, weil die Bundesregierung nicht einhält, was sie verspricht. „Wenn jemand zu ihr komme und sie einen rechtlichen Ansatzpunkt für eine Klage sehe, dann könne man handeln, sagt Verheyen. Und den sehe sie in diesem Fall ganz klar.

„Wessen Vertrauen?“, frage ich mich da“, sagt Rüdiger Verheyen, wenn man sie mit dieser Argumentation konfrontiert. „Meine Mandanten haben kein Vertrauen mehr, weil die Bundesregierung nicht einhält, was sie verspricht.“ Wenn jemand zu ihr komme und sie einen rechtlichen Ansatzpunkt für eine Klage sehe, dann könne man handeln, sagt Verheyen. Und den sehe sie in diesem Fall ganz klar.

„Die Klage berührt wesentliche Grundsätze der Verfassung, nämlich den Gewaltenteilungsgrundsatz und das Demokratieprinzip. Diese werden in Frage gestellt, wenn der Bundesregierung gerichtlich vorgeschrieben werden könnte, welche Politik sie zu verfolgen hätte.“ So steht es in der Klageerwidlung der Regierung. Und weiter:

„Hohe Erwartungen der Klagenden, eine einmal festgelegte Politik würde auch in Zukunft beibehalten, begründen damit keine ausreichende Grundlage für einen verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz.“ Eine Argumentation, die aus der Klage der Bauern eine Gefahr für die Demokratie macht. Eine Argumentation, die auch der Jurist Urs Wegener verurteilt. In seinem Aufsatz zum Thema Klimaklagen in der Zeitschrift für Umweltrecht schreibt er: „Die mit den Klimaklagen angestrebte Weltrettung per Gerichtsbeschluss ist juristisch schwer begründbar, im Ergebnis illusorisch und wenigstens potenziell gefährlich.“

Gerichte seien nicht der richtige Ort, um den Klimaschutz zu verhandeln, meint Wegener, da sie nicht die Mittel hätten, um störrische Regierungen zur Umsetzung von Maßnahmen zu zwingen. Was tun, wenn Regierungen die Urteile ignorieren? Seine Befürchtung ist, dass das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat umso mehr schwinde, je mehr Urteile nicht eingehalten würden.

Wenn Claus Blohm über seine verlorenen Kirschenplantage spricht, wird er traurig. Groß und massiv und schweigend sitzt er an seinem weißen Küchentisch im ersten Stock eines dunklen Klinkerhauses.

Der Hof der Blohms ist seit Generationen im Familienbesitz. Seit den 1990er Jahren bewirtschaftet Claus Blohm ihn ökologisch und lässt die Pestizide weg. Etwa zur gleichen Zeit trat er Greenpeace bei, jahrelang kämpfte er gegen die Elbertwertung, am Ende vergeblich. Blohm weiß, wie man kämpft, sich Veränderungen entgegenstellt oder sie vorantreibt. „Entweder du hoffst auf bessere Zeiten, oder du machst was“, sagt er.

Das Klage gegen die Bundesregierung könnte sein letzter Kampf werden. Der Apfelanbau wird langsam unrentabel. Für die Nachfolge ist das ein Problem. Franziska Blohm, Mitte 20 und von allen nur Franz genannt, ist hier aufgewachsen, sie kennt jeden Pfad, weiß, welche Sorten wachsen und wie sie einen Baum beschneiden muss, damit er im nächsten Jahr gut trägt. Früher habe sie Stundenlang in den Plantagen gepflückt, erzählt sie. Im Alten Land wird für sie vor allem ein Zuhause – ein bedrohtes.

gehe bei der Klage mehr um Aufmerksamkeit als um einen ernsthaften juristischen Prozess.

Die Frage ist, ob das falsch ist. Oder ob Aufmerksamkeit nicht genau das ist, was Kläger wie die Lütke Schwienhorsts, die Backsens und Blohms jetzt dringend brauchen. Auch deshalb, weil Klimaklagen stellvertretend für alle, für die gesamte Gesellschaft, entscheidende Fragen verhandeln. Dabei sind sie weder eine Rettung der Welt noch Vorboten einer Ökodikatur. Sie sind vor allem ein juristisches Mittel zu einem politischen Zweck.

Im Juli 2017 verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf, der vorsieht, dass die Besteuerung von Landwirten künftig auf dem Gewinn und auf drei Jahren basiert. „So gleichen sich gute und schlechte Jahre aus“, sagte eine Sprecherin des Bundeslandwirtschaftsministeriums der taz. Außerdem soll der Versicherungsstatus für das „Risiko Dürre“ in Zukunft gesenkt werden. „Die Absenkung der Versicherungsprämie würde zu einer Kostenentlastung führen“, heißt es aus dem Ministerium.

Für Lütke Schwienhorst könnten diese Maßnahmen zu spät kommen. Zwei Wochen bevor er sich nach Berlin aufmacht, um die Bundesregierung zu verklagen, schreibt er eine SMS. Die 15 Zentimeter Feuchtigkeit in seinem Acker haben nicht geholfen. Lütke Schwienhorst musste notentworfend, dass Getreide auf den Äckern verdorrt. Den Buchweizen, die Sonnenblumen und die Hirse.

In den nächsten Monaten will Heiner Lütke Schwienhorst einen Brunnen bauen – als Reserve, wenn der Regen wieder ausbleibt. Denn auf die Verhandlung vor dem Berliner Verwaltungsgericht allein will er sich nicht verlassen.

Gesa Steeger, 35, ist Reporterin der taz am wochenende



Durch den Klimawandel leiden die Obstbäume des Apfelbauers Claus Blohm. Die Kirschenplantage musste er schon abholzen. Foto: Miguel Ferraz